

Änderungsantrag

der Abgeordneten Priska Hinz (Herborn), Katja Dörner, Sven-Christian Kindler, Dr. Tobias Lindner, Fritz Kuhn, Kerstin Andreae, Volker Beck (Köln), Katrin Göring-Eckardt, Ingrid Hönlinger, Markus Kurth, Monika Lazar, Jerzy Montag, Beate Müller-Gemmeke, Brigitte Pothmer, Elisabeth Scharfenberg, Wolfgang Wieland, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/6600, 17/6602, 17/7106, 17/7123, 17/7124, 17/7125 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012
(Haushaltsgesetz 2012)**

**hier: Einzelplan 06
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

Der Bundestag wolle beschließen:

Im Einzelplan 06 Kapitel 06 35 – Bundeszentrale für politische Bildung – wird der Titel 532 02 – Politische Bildungsarbeit – um 3,5 Mio. Euro auf 19,854 Mio. Euro erhöht.

Berlin, den 22. November 2011

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Das jahrelange schwerwiegende Versagen der Ermittlungsbehörden bei der Aufklärung der nun bekannt gewordenen rechtsterroristischen Mordserie zeigt einmal mehr: Eine gesamtgesellschaftliche Sensibilisierung für rassistische und neonazistische Tendenzen, die bis weit in die Mitte unserer Gesellschaft reichen, ist dringend erforderlich. Wir müssen mehr in die Prävention investieren, um zu vermeiden, dass überhaupt ein Nährboden für solche schrecklichen Taten entstehen kann. Hierzu leistet die Bundeszentrale für politische Bildung einen wertvollen Anteil.

Politische Bildungsarbeit ist Bedingung einer demokratischen Grundbildung und zur Begleitung aktueller gesellschaftlicher Diskurse und Herausforderungen unabdingbar. Politische Bildung und Demokratiestärkung sind unverzichtbare Zukunftsinvestitionen. Daher ist eine Aufstockung der Mittel für die politische Bildungsarbeit der Bundeszentrale für politische Bildung dringend geboten.